



Diakonie schlittert nach Ausscheren der Klinik in die Krise

Evangelisches Krankenhaus sorgt sich um Wettbewerbsfähigkeit / Diakonie droht mit Ausschluss

OLDENBURG-BERLIN (DPA). Der Tarifstreit in der Diakonie in Niedersachsen schaukelt sich weiter hoch: Nach dem Ausscheren des Evangelischen Krankenhauses in Oldenburg aus dem kirchlichen Arbeitsrecht hat der Diakonische Rat die Klinik aufgefordert, Tarifverhandlungen mit den Gewerkschaften zu unterlassen. Wie das Diakonische Werk in Berlin gestern mitteilte, ist die Klinik an die Grundentscheidung

der Kirche gebunden, die Bezahlung nicht über Tarifverhandlungen, sondern den sogenannten Dritten Weg zu bestimmen. Dabei verhandelt eine von Arbeitgebern und Arbeitnehmern besetzte Kommission, ohne dass es ein Streikrecht gibt. Die Oldenburger Klinik will sich als erste Diakonieeinrichtung in Niedersachsen aus dem kirchlichen Arbeitsrecht verabschieden. Hintergrund sind die seit einem Jahr stockenden Ent-

geltverhandlungen für die 40.000 Diakoniebeschäftigten in Niedersachsen. Weil es keine Einigung und somit auch keine Gehaltserhöhungen gibt, wird es für die Klinik im Wettstreit mit anderen Arbeitgebern schwierig, dringend benötigte Ärzte und Fachkräfte zu finden. Statt auf kirchlichem Weg will die Klinik sich deshalb nun mit der Gewerkschaft auf Lohn-erhöhungen verständigen. Wie ein Sprecher des Dia-

konischen Werkes Oldenburg erklärte, hat die Klinik eine einseitige Begründung für ihre Abkehr vom kirchlichen Arbeitsrecht vorgelegt. Eine Bewertung werde rund zehn Tage in Anspruch nehmen. Das kirchliche Arbeitsrecht sehe Ausnahmen vor, bei dem von der Klinik eingeschlagenen Weg handle es sich aber um einen bisher einmaligen Vorgang. Der Klinik könnte der Ausschluss aus dem Diakonischen Werk drohen.

Die Mitarbeitervertreter der diakonischen Werke in Niedersachsen kritisierten das Vorgehen gegenüber der Klinik. Das Diakonische Werk Oldenburg umgehe selber kirchenrechtliche Regelungen, indem es eine Servicegesellschaft zum Verleih von Arbeitskräften betriebe, die weniger Lohn und Gehalt als üblich erhielten. Das Auftreten der Diakonie sei an Heuchelei und Scheinheiligkeit kaum zu überbieten.

Kein Ende im Streit um Gelände

OLDENBURG (OHM). Wäre es nach Richter Gerhard Meyer gegangen, wäre der Streit zwischen der Supermarktkette Aktiv & Irma und dem Verein für Verkehrsgeschichte (VfV) gestern beendet worden. „Sie haben doch beide erreicht, was Sie wollten“, sagte er den Beteiligten der Zivil-Verhandlung vor dem Landgericht Oldenburg. In der Tat: Weil der VfV seine Bus-Oldtimer kürzlich entfernt hat, kann die Kette mit den Bauarbeiten für zwei Supermärkte auf seinem Gelände an der Alexanderstraße beginnen.

Der Konflikt eskalierte. Um den VfV zur Räumung des vorderen 1500 Quadratmeter großen Hallenteils zu zwingen, hatte Aktiv & Irma alle Rolltore entfernen lassen. Mieter VfV erstritt eine einstweilige Verfügung. Die

Supermarktkette lehnt eine Einigung ab

Oldenburger Kette widersprach. Der VfV sollte in den 4000 Quadratmeter großen hinteren Teil umziehen. Nichts geschah – stattdessen wurden um die Finanzierung der maroden Dachträger-Konstruktion gestritten. Die war aber Sache des Vereins.

„Ein Missverständnis hat das Verfahren ausgelöst“, sagte VfV-Rechtsanwalt Albrecht Danne und beantragte, den Streit für erledigt erklären zu lassen. Doch zu einem Vergleich ist die Kette nicht bereit. „Emotional ist der Zeitpunkt einer Einigung vorbei“, sagte Gesellschafter Lars Frerichs. „Können Sie sich vorstellen, das Gelände zu verlassen?“, fragte Aktiv-Anwalt Helmut Müller den Kollegen.

„Wachstum sagt nichts“

OLDENBURG (EPD). Die grüne Bundestagsvizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt hat angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise vor einem „Mantra nach Wachstum“ gewarnt. „Der Maßstab des Wirtschaftswachstums sagt absolut gar nichts darüber aus, wie lebenswert eine Gesellschaft wirklich ist“, sagte sie gestern Abend beim Adventsempfang der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Oldenburg. Göring-Eckardt ist auch Präses der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD).

In Bremen gibt es jetzt einen Ratgeber für Gastronomen, der vor unerwünschtem Besuch aus der rechten Szene schützen soll. Gestern wurde er vorgestellt.

VON ALEXANDER SCHNACKENBURG

BREMEN. Gemeinsam mit der Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG) und „pro aktiv gegen rechts“ hat der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband (DEHOGA) in Bremen jetzt die Broschüre „Rechtsextremist/Innen nicht auf den Leim gehen“ veröffentlicht. Thomas Schlüter, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes in Bremen, spricht von „unfreiwilliger Aktualität“: Damit ist Bremen nach Berlin und Hamburg der dritte Stadtstaat, in dem das Gastgewerbe auf einen Ratgeber gegen unerwünschten Neonazi-Besuch zurückgreifen kann.

Das Heft, das sich jeder auch kostenlos als PDF-Dokument aus dem Internet herunterladen kann, ist zunächst in einer Auflage von 2000 Exemplaren gedruckt worden. Die Herausgeber wollen es in den kommen-



Aufklärung gegen rechts leisten (von links): Dieter Nickel (NGG), Nisrin Rayan (pro aktiv), Thomas Schlüter und Detlef Pauls (beide DEHOGA) stellen eine gemeinsame Broschüre vor.

FOTO: ALEXANDER SCHNACKENBURG

den Wochen soweit streuen, dass sie bereits jetzt den Nachdruck planen.

Nisrin Rayan, Koordinatorin des Landesberatungsnetzwerkes „pro aktiv gegen rechts“, hat die Broschüre mit ihren Kollegen im Wesentlichen entwickelt. Sie betont, dass das Heft nicht nur aufkläre, sondern konkrete Handlungsempfehlungen gebe.

So unterbreiten die Autoren ihren Lesern konkrete Vorschläge etwa dafür, was man als Gastwirt in die Mietverträge schreiben könne, um eine rechtliche Handhabe für den Fall zu gewinnen, dass seriös getarnte Neonazis ihre Räume mieteten oder gar zu ihren propagandistischen Veranstaltungen missbräuchten.

Um Tarnungsversuche rechter Gruppierungen bereits im Vorfeld besser erkennen zu können, informiert die Broschüre zudem über diverse Zahlen-, Sprach- und sonstige Erkennungsmerkmale Rechtsextremer. Hierzu listen die Autoren auch die regelmäßigen Feiertage der Neonazis auf. Zwar veranschaulicht die Broschüre auch

die Mode Rechtsextremer, doch weist Dieter Nickel, Geschäftsführer der NGG in der Hansestadt, darauf hin, dass man sich auf eine „Kleiderordnung“ als Erkennungsmerkmal schon lange nicht mehr verlassen könne. Immer mehr Rechte träten auch in Nadelstreifen auf.

■ Mehr Info unter www.pro-aktiv-gegen-rechts.bremen.de

„Goldene Olga“ geht nach Bremervörde

Ehepaar Exner setzt sich gegen rund 12.000 Milchviehhalter im Land durch



Uta und Carsten Exner präsentieren die Auszeichnung für die besten Milchbauern Niedersachsens. Sie wurden von der Deutschen Milchkontor GmbH mit der „Goldenen Olga“ geehrt.

FOTO: DPA

BAD ZWISCHENNAH (DPA). Niedersachsens bester Milchbauer ist gestern gekürt worden. Die „Goldene Olga“ geht an die Familie Exner aus Bremervörde (Kreis Rotenburg), die sich damit gegen rund 12.000 Milchviehhalter im Land durchsetzte. Landwirtschaftsminister Gert Lindemann (CDU) überreichte in Bad Zwischenahn den mit 3500 Euro dotierten Preis an die Sieger. Auch die Kandidaten, die auf dem 2. und 3. Platz landeten, erhielten als Auszeichnung eine Statue in Form einer silbernen und bronzenen Kuh. Eine Jury hatte in den vergangenen Monaten alle Bewerber unter die Lupe genommen.

Zurück in die Kirche

POSTHAUSEN (EPD). Kunden von Dodenhof können beim Einkaufsbummel an den Adventswochenenden ab sofort wieder in die Kirche eintreten. Pastoren und Ehrenamtliche der hannoverschen Landeskirche haben gestern im Eingangsbereich des Supermarktes „Genießerwelt“ wie in den Jahren zuvor eine Wiedereintrittsstelle der evangelischen Kirche eröffnet. Die siebte Aktion dieser Art läuft freitags und sonnabends vor den Adventssonntagen von 11 bis 18 Uhr. Der Schritt zurück in die Kirche könne hier schnell und unbürokratisch vollzogen werden, sagte Mitorganisatorin und Pastorin Constanze Ullrich.